

lichen Fragestellung aufweisen (S. 105)? Je weiter die Arbeit voranschreitet, desto größer werden die Zweifel. Auch bei der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals wird lediglich auf die „Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch“ Bezug genommen und auf Seite 108 wird dann die „Funktion“ der Kirchenrechtsexperten in den untersuchten Sendungen nochmals erläutert. Auch die Ergebnisse der Bildanalyse führen nicht wirklich weiter (S. 115 ff.), so dass die Interpretation der Forschungsfragen sehr schwachbrüstig zu sein scheint, wenn ausgeführt wird: „Auch Berichte, die kirchenrechtliche Themen berühren, waren häufig und regelmäßig in den täglichen Fernsehnachrichten zu sehen.“ In 13 Prozent der untersuchten Sendungen ist demnach eine „kirchliche Rechtsmaterie das zentrale Thema des Beitrags“ gewesen, wobei die Gewichtung und Bewertung (S. 122f.) zu keinem nachhaltigem Forschungsergebnis führen.

Das Ergebnis am Ende der Lektüre ist ernüchternd: Die unendlich aufwendige sozialwissenschaftliche Untersuchung führt zu eindrucksvollen Auflistungen im Anhang von „Kirchenrechtliche Begriffe und ihre Erläuterungen“ bis zu „Kirchenrecht – wörtliche Nennung“ und „Studioanimation in der Übersicht“ sowie „Theologinnen und Theologen, kirchliche Amtsträgerinnen und Amtsträger“ auf fast 30 Seiten. Aber auch diese bringen das Thema – ebenso wenig wie die angestellten Fallstudien und die umfangreiche Inhaltsanalyse – nicht wirklich „ins Ziel“.

Ernst Fricke, Landshut

*Die Lektüre ist ernüchternd:
Die Fallstudien und die umfangreiche
Inhaltsanalyse bringen das
Thema nicht wirklich „ins Ziel“.*

Andrea Sinn: Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014 (=Jüdische Religion, Geschichte und Kultur, Band 21), 400 Seiten, 59,00 Euro.

Der Zentralrat der Juden hat seit diesem Jahr keinen Generalsekretär mehr. Nach dem Ausscheiden von Stephan Kramer wurde das Amt nicht mehr besetzt, stattdessen hat Daniel Botmann als Geschäftsführer die Verwaltungsgeschicke der Dachorganisation übernommen. Blickt man zurück in die Geschichte des Zentralrats, dann war der Generalsekretär einst das wichtigste Amt und auch älter als das des Vorsitzenden (heute: Präsidenten). Hendrik van Dam hat das Amt des Generalsekretärs 23 Jahre lang entscheidend geprägt, so lange



wie keiner seiner Nachfolger. So verwundert nicht, dass Andrea Sinn Hendrik van Dam (1906-1973) ins Zentrum ihrer am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU entstandenen Dissertation über „Jüdische Politik und Presse in der früheren Bundesrepublik“ stellt – zusammen mit Karl Marx (1897-1966), dem Herausgeber und Chefredakteur des 1946 gegründeten „Jüdischen Gemeindeblatts für die Nord-Rheinprovinz und Westfalen“, der heutigen „Jüdischen Allgemeinen“.

Die Verfasserin, seit Sommer 2013 als DAAD Visiting Professor in Berkeley tätig, verbindet gelungen biographische und institutionengeschichtliche Perspektiven. „Die Akteure“, „Die Institutionen“ und „Die Politik“ heißen die zentralen Kapitel, in denen sie ihre These belegt, „dass die jüdische Gemeinschaft in Westdeutschland von deutschen Juden repräsentiert und der Aufbau jüdisch-institutionellen Lebens hier maßgeblich von den Remigranten Karl Marx und Hendrik G. van Dam bestimmt wurde“ (S. 19). Politik und Presse wurden für beide Protagonisten zum großen Lebensthema: Marx war nicht nur Publizist, sondern auch ein politischer Strippenzieher; van Dam keinesfalls nur ein jüdischer Funktionär, sondern auch journalistisch aktiv, oft unter Pseudonymen.

Detailliert und gestützt auf immense Archivarbeit – mehr als 100 Archive wurden konsultiert und in mehr als 40 Archiven Recherchen vorgenommen –, beschreibt die Verfasserin Marx' und van Dams familiäre Hintergründe, deren Flucht- und Exilfahrt und Rückkehr 1945 nach Deutschland. Marx, bereits in den 1920er-Jahren in Berlin als Journalist tätig, wollte nach dem Krieg Juden zur Ausreise aus Deutschland verhelfen – knüpfte, nicht zuletzt auf Drängen der Briten, dann aber an seinen alten Beruf als Journalist wieder an. Van Dam war aufgrund seiner juristischen Expertise für Fragen der Verwaltung und des „Wiedergutmachungsverfahrens“ der wegweisende Mann für den Zentralrat.

Die enge Verschränkung von Politik und Presse zeigt sich etwa in Marx' journalistischem Höhepunkt: einem Interview mit Konrad Adenauer, das er kurz nach dessen Wahl zum Bundeskanzler 1949 geführt hatte. Anders als in der Regierungserklärung, in der Adenauer noch „jegliches Wort gegenüber den jüdischen Opfern hatte vermissen lassen“ (S. 140), gab der Bundeskanzler im Interview mit Marx ein „Bekanntnis zur Verpflichtung“ ab, wie dessen Zeitung später titelte. Bevor das Interview

Die Studie stützt sich auf eine detaillierte Archivarbeit: Über 100 Archive wurden konsultiert und in mehr als 40 Archiven Recherchen vorgenommen.

um die Welt ging (Marx sprach von über 1250 Nachdrucken), hatte er sich ein Placet von der israelischen Regierung eingeholt – und später in Israel die Ernsthaftigkeit des deutschen Angebots unterstrichen (S. 145).

Marx war innerhalb der jüdischen Community nicht unumstritten – für manche wurde er gar zur „Hassfigur“, etwa weil er Kurt Georg Kiesinger trotz seiner braunen Vergangenheit unterstützte und „weil er mehr als jede andere jüdische Führungspersönlichkeit das ‚symbiotische Verhältnis‘ [...] zum neuen deutschen Staat verkörperte“ (S. 356). Der Zentralrat wehrte sich gegen die Marx'sche Monopolstellung, indem er 1965 ein Konkurrenzprodukt gründete: den „Jüdischen Presse Dienst“, was über 20 Jahre lang offizielles Mitteilungsblatt des Zentralrats war.

Trotz aller Differenzen waren sich Marx und van Dam in den Leitlinien ihrer Politik – das Prinzip der Einheit mit Blick auf die unterschiedlichen Gemeinden und Landesverbände und die Forderung nach Anerkennung mit Blick auf Deutschland – einig: „So waren beispielsweise Wiedergutmachungsverhandlungen nicht denkbar ohne die nach außen zum Ausdruck gebrachte Einheit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Eine Konsolidierung der jüdischen Gemeinden und ihres Dachverbands war wiederum nicht möglich ohne die finanzielle Unterstützung aus den Zahlungen der Wiedergutmachung. Dieser Tatsache war man sich bewusst und setzte deshalb alles daran, die Einheit trotz der Krisen zu erhalten und nach außen zu demonstrieren“ (S. 356).

Der Verfasserin gelingt es in der mit größter Sorgfalt erarbeiteten, sprachlich präzisen und dennoch äußerst leserfreundlichen Arbeit, komplexe Fragen zur deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte zu beantworten. Aus mediengeschichtlicher Perspektive wäre es wünschenswert gewesen, etwa auf Marx' Engagement in den Rundfunkräten einzugehen und wirtschaftliche Aspekte der Zeitung zu vertiefen (das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung subventionierte die Zeitung mit einer Abnahme von 1200 Exemplaren, S. 305). Doch wenn Details in für die Fragestellung der Verfasserin nicht zentralen Bereichen die einzigen Kritikpunkte sind, ruft das nach dem höchstem Lob für eine inhaltlich wie sprachlich exzellente Studie: Andrea Sinn ist ein Standardwerk gelungen.

Der Verfasserin gelingt es in der mit größter Sorgfalt erarbeiteten Studie, komplexe Fragen zur deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte zu beantworten.

Raphael Rauch, München